

DIENSTAG, 30. MAI 2017

Hesse-Haus In Gaienhofen erfährt man viel über das Leben von Mia Hesse-Bernoulli, die mehrere Jahre dort lebte. **Stein Seite 21**

Kirche Laufen Neu teilt sich ein Pfarrerehepaar die Seelsorgestelle in der Gemeinde. **Weinland Seite 22**

Region 15
Schaffhauser Nachrichten

Kantonsrat will Eltern zur Kasse bitten

Ohne Zwang für die Gemeinden und nur mit Kostenbeteiligung der Eltern – so möchte der Schaffhauser Kantonsrat die Forderung nach schulergänzender Kinderbetreuung umsetzen.

VON MARK LIEBENBERG

Die Schaffhauser Gemeinden sollen von sich aus abklären können, ob und wie viel Bedarf an familien- und schulergänzenden Betreuungsplätzen für Schulkinder besteht – und je nachdem aktiv werden. Aufkommen müssen für neue wie auch für bereits bestehende Angebote vor allem die Gemeinden und die Eltern; der Kanton beteiligt sich daran nur zu 25 Prozent. So will es der Gegenvorschlag zu einer Volksinitiative der Alternativen Liste, den das Kantonsparlament gestern mit 40 zu 7 Stimmen angenommen hat.

Das AL-Begehren empfiehlt der Kantonsrat der Stimmbevölkerung mit 37 zu 16 Stimmen zur Ablehnung. Die Initiative formuliert einen unentgeltlichen Anspruch auf Betreuung für alle Schulkinder bis zum Abschluss der Primarschule an allen Schultagen während zwölf Stunden.

3,8 oder 10 Millionen Franken

Gemäss dem gestern verabschiedeten Gegenvorschlag können die Gemeinden beim Aufbau bedarfsgerechter Tagesstrukturen auf ein Modell zurückgreifen, das der Kanton ausgearbeitet hat. Zur Verfügung steht für Auffangzeiten, Mittagstisch und Aufgabenhilfe an der Schule eine Palette aus Früh-, Morgen-, Mittags-, Nachmittags- und/oder Spätnachmittagsbetreuung. Der Kanton rechnet dafür



Mittagstisch, Auffangzeiten und Aufgabenhilfe an der Schule sollen grösstenteils von den Gemeinden und den Eltern bezahlt werden, findet der Schaffhauser Kantonsrat.

Bild Key

«In Sachen schulergänzende Tagesstrukturen für Kinder besteht dringender Handlungsbedarf», sagte gestern Seraina FÜRER (Juso, Schaffhausen), welche die vorberatende Kom-

Schaffhausen) fand, der Gegenvorschlag sei ausgewogen und lasse den Gemeinden einen Spielraum. Kritik kam von ganz links: Mitinitiant Till Aders (AL, Schaffhausen) monierte, der Gegenvorschlag bringe statt einer finanziellen Entflechtung zwischen Kanton und Gemeinden eine Verflechtung. «Am Schluss haben wir 26 verschiedene Lösungen, und ich bezweifle, dass alle gleich gut sind», sagte er. Auf der Rechten reklamierte Philippe Brühlmann (SVP, Thayngen) namens des Verbandes der Gemeindepräsidenten ebenfalls wegen des Kostenteilers. Er hielt es für stossend, wenn der Kanton vorschreiben wolle, dass die Gemeinden Angebote schaffen müssen, dann aber nur einen Viertel der Kosten zahle, wie es der Gegenvorschlag zunächst vorsah.

Erziehungsdirektor Christian Amsler (FDP) redete den Parlamentariern ins Gewissen. «Es ist gesellschaftspolitisch enorm wichtig, dass Sie heute ein starkes Zeichen setzen.» Raphael Rohner (FDP, Schaffhausen) sagte, der Gegenvorschlag sei ein vernünftiger Kompromiss, der auch ordnungspolitisch koscher sei, weil die Gestaltung der Tarifstruktur bei den Gemeinden bleibe.

Handlungsfreiheit für die Gemeinden

Auf Drängen der SVP und um den Kompromiss zu retten, schwenkte mit FDP und GLP eine satte Mehrheit auf eine Abschwächung des Gegenvorschlags ein, wonach es den Gemeinden freigestellt wäre, ob und wie sie Tagesstrukturen schaffen wollen. Darauf entbrannte eine heftige Debatte.

Tagesstrukturen Zwei Varianten

Kantonale Volksinitiative Eine Initiative der Alternativen Liste fordert im Kanton Schaffhausen eine flächendeckende Bereitstellung von unentgeltlichen schulergänzenden Betreuungsplätzen für Schulkinder zwischen 7 Uhr morgens und 19 Uhr abends («7 to 7»).

Gegenvorschlag Die Schaffhauser Regierung schlägt vor, dass die Gemeinden bei Bedarf eine schulergänzende Betreuung modular aufbauen. Der Kanton bezahlt dann 25 Prozent der Kosten eines Betreuungsplatzes, die Gemeinde und die Eltern haben den Rest zu übernehmen.

Volksabstimmung Die Variantenabstimmung findet im November statt.

Kein Zwang für die Gemeinden – das sei die Bedingung dafür, dass die Ratsrechte den Gegenvorschlag an der Urne nicht bekämpfen werde, sagte SVP-Fraktionschef Andreas Gnädinger (Sibingen). Martina Munz (SP, Hallau) kontert: «So zieht man dem Gesetz die letzten Milchzähnen.» Und Jürg Tanner (SP, Schaffhausen) lieferte das Bonmot des Tages. «So wird aus einem Gegenvorschlag ein Gegenrückschlag». Wie aus den Schlussvoten ersichtlich wurde, werden nun viele Linke an der Urne der «7 to 7»-Initiative den Vorzug geben.

Wie viel sollen die Eltern bezahlen?

Auch der Kostenbeitrag der Erziehungsberechtigten gab nochmals zu reden, weil Mariano Fioretti (SVP, Schaffhausen) forderte, die Eltern hätten die Hälfte der Betreuungskosten selber zu finanzieren. Als «völlig asozial» bezeichnete Urs Capaul (ÖBS, Schaffhausen) die Idee Fioretis, die keine Mehrheit fand. Fioretti hatte argumentiert, die Gemeinden könnten immer noch nach finanziellen Verhältnissen unterschiedlich abgestufte Tarifsysteme einführen.

Nachdem sämtliche Änderungsanträge im Rat keine Mehrheit gefunden hatten, erteilte das Parlament dem Gegenvorschlag schliesslich seinen Segen. Die Volksabstimmung findet im November 2017 statt.



«In Sachen schulergänzende Tagesstrukturen für Kinder besteht dringender Handlungsbedarf.»

Seraina FÜRER (Juso, Schaffhausen),
Präsidentin der vorberatenden Kantonsratskommission

mit Gesamtkosten von 3,8 Millionen Franken pro Jahr – während das Modell «7to7» der Initianten jährliche Kosten von gegen 10 Millionen Franken verursachen würde.

mission präsidierte. Werner Bächtold (SP, Schaffhausen) pflichtete ihr bei: Viele Mütter würden mangels Betreuungsangeboten auf Erwerbsarbeit verzichten. Hedy Mannhart (FDP,

Gestern im Rat

Vorsitz Thomas Hauser (FDP, Schaffhausen)

► Der Schaffhauser Kantonsrat hat den Gegenvorschlag zur AL-Volksinitiative «Für Beruf und Familie» (Tages-schulen 7to7) fertig beraten und empfiehlt der Stimmbevölkerung diesen zur Annahme anstelle der Initiative.

Journal

Nach nur sieben Sitzungen: SVP-Kantonsrat tritt zurück

Der im letzten Jahr neu in den Schaffhauser Kantonsrat gewählte SVP-KMU-Mann Pius Zehnder hat gestern schriftlich seinen sofortigen Rücktritt aus dem Kantonsparlament bekannt gegeben. Er könne seine Zeit in der Privatwirtschaft besser nutzen als im Parlament, begründet Zehnder diesen Schritt. Der Unternehmer aus Barga schreibt, dass er sich die Arbeit als Ratspolitiker «vielleicht etwas zu optimistisch vorgestellt» habe.

GLP und EVP fordern höhere Abzüge für Versicherungen

So tief wie in Schaffhausen sind nirgendwo sonst die erlaubten Abzüge für Versicherungsprämien und Sparzinsen.

Die Krankenversicherung ist teuer, aber wenigstens kann man einen Teil der Beträge von den Steuern abziehen. Die Höhe dieses Abzugs ist aber von Kanton zu Kanton unterschiedlich. Im Tessin zum Beispiel können Verheiratete bis zu 14 800 Franken an Versicherungsprämien und Zinsen von Sparkapitalien abziehen.

Die tiefsten Abzüge aller Kantone kennt Schaffhausen: Wenn Verheiratete Beiträge an die Säulen 2 und 3a geleistet haben, dann dürfen sie 3000 Franken abziehen. Wenn sie nichts in die Säulen 2 und 3a einbezahlt haben, dann sind es 4000 Franken. Die 3000 Franken gelten für die meisten Er-

werbstätigen, die 4000 Franken hingegen für Leute mit sehr geringem Einkommen und für Rentner. Dazu kommen 300 Franken je Kind.

Aus Sicht der GLP-EVP-Fraktion im Schaffhauser Kantonsrat sind diese Ansätze viel zu tief. Sie hat gestern eine Motion eingereicht, die verlangt, dass sich Schaffhausen wenigstens seinen Nachbarkantonen angleichen solle. In Zürich können verheiratete Erwerbstätige 5200 Franken abziehen, dazu 1300 Franken pro Kind. Ohne Beiträge in die Vorsorge sind es 7800 Franken. Im Kanton Thurgau wiederum sind es 6200 Franken und 800 Franken je Kind, unabhängig davon, ob Beiträge an die Säulen 2 und 3a gezahlt wurden.

Die GLP-EVP-Fraktion begründet ihren Vorstoss damit, dass die Krankenkassenprämien stetig gestiegen seien, ohne dass dies im Gesetz berücksichtigt worden sei. (zge)

Sätze zur Situation

Werner Bächtold (SP, Schaffhausen)

«Ich komme hiermit dem Wunsch meiner Fraktion nach, einen flammenden Aufruf für schulergänzende Tagesstrukturen zu halten.»

Philippe Brühlmann (SVP, Thayngen)

«Auch ich halte ein flammendes Votum für Tagesstrukturen, aber ich vergesse dabei die Anliegen der Gemeinden nicht!»

Regula Widmer (GLP, Beringen)

«Die Umsetzungsdauer von zehn Jahren ist eine episch lange Frist. Okay, so kann uns niemand vorwerfen, wir hätten überstürzt gehandelt.»
Innert zehn Jahren sollen die Gemeinden gemäss dem Regierungsvorschlag schulergänzende Tagesstrukturen haben.

Patrick Strasser (SP, Oberhallau)

«Ein Raubritter, der dir etwas gibt, ist etwas ziemlich Gutes, oder nicht?»
An Philippe Brühlmann gerichtet, der es als «modernes Raubrittertum»

bezeichnet hatte, dass der Kanton den Gemeinden vorschreibe, wie sie ihre Tagesstrukturen zu schaffen haben.

Martina Munz (SP, Hallau)

«Damit zieht man diesem Gesetz noch das letzte Milchzähnenchen.»
Zum Gegenvorschlag, der es den Gemeinden grundsätzlich freistellt, ob sie Tagesstrukturen schaffen wollen.

Jürg Tanner (SP, Schaffhausen)

«Damit hat sich die GLP als Frauenpartei verabschiedet.»
Die Grünliberalen hatten sich eben für die Freiwilligkeit von gemeindlichen Tagesstrukturen ausgesprochen.

Regula Widmer (GLP, Beringen)

«Wir waren ja auch noch nie eine Frauenpartei, sondern immer eine Partei auch für Männer.»

Werner Bächtold, zum Zweiten

«Bevor wir abstimmen, sollten wir zwecks Reparatur des Koffeinspiegels die Pause einlegen.»